



## Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

### Polizeiliche Kriminalstatistik 2022/Diebstähle auf historischem Tiefstand

In Sachsen-Anhalt ist die Zahl der Diebstähle im vergangenen Jahr auf einen historischen Tiefstand gesunken. Das geht aus der Polizeilichen Kriminalstatistik für das Jahr 2022 hervor, die Innenministerin Dr. Tamara Zieschang am Dienstag in Magdeburg vorstellte. Insgesamt wurden 52.736 Diebstähle registriert. Das waren rund 650 Fälle weniger als noch 2021 und fast 10.000 Fälle weniger als im Vor-Corona-Jahr 2019. Diebstähle machen mit 29,6 Prozent den größten Anteil aller Straftaten im Land aus.

Insgesamt wurden für das Jahr 2022 in der Polizeilichen Kriminalstatistik 178.450 Fälle erfasst. Damit wurden zum fünften Mal in Folge weniger als 180.000 Straftaten registriert. 2020 und 2021 waren pandemiegeprägte Jahre, die auch Auswirkungen auf die Kriminalitätsentwicklung hatten. Im Vergleich zum Jahr 2021 wurden im letzten Jahr 7.985 Fälle mehr erfasst.

Innenministerin Dr. Tamara Zieschang: „Jede Straftat ist eine Straftat zuviel. Die Tatsache, dass das fünfte Jahr in Folge weniger als 180.000 Straftaten im Land erfasst wurden, ist gleichwohl erfreulich. Unsere Polizei hat auch im Jahr 2022 bewiesen, dass sie professionell und engagiert für die Sicherheit des Landes und seiner Bürgerinnen und Bürger einsteht. Unsere Polizistinnen und Polizisten leisteten rund um die Uhr mit großem Engagement einen wichtigen Beitrag dafür, dass Sachsen-Anhalt ein attraktives und sicheres Land bleibt. Dafür gilt der Landespolizei mein aufrichtiger Dank.“

Die **Aufklärungsquote** lag im Jahr 2022 bei 54,6 Prozent. Insgesamt konnten 97.486 Fälle aufgeklärt werden. Es wurden insgesamt **63.758 Tatverdächtige** ermittelt. Drei Viertel davon, beziehungsweise 47.5467, sind männlich. Der Anteil der nichtdeutschen Tatverdächtigen liegt bei 22,6 Prozent. Ihnen werden wie im Jahr 2019 insgesamt 11,4 Prozent aller Straftaten zugerechnet.

Unter allen Tatverdächtigen werden 824 der Gruppe der **Intensivstraftäter** zugerechnet. Das heißt, dass ihnen mehr als neun Einzeltaten im Berichtszeitraum angelastet werden. Sie machen einen Anteil von 1,3 Prozent an allen Tatverdächtigen aus. Gleichzeitig werden ihnen 14,8 Prozent aller aufgeklärten Straftaten zugerechnet, vor allem Ladendiebstähle, Hausfriedensbruch sowie einfache Körperverletzungen. Unter den 824 Intensivtatverdächtigen sind 640 Erwachsene, 184 gelten als Jungtatverdächtige.

Unter allen Tatverdächtigen waren 5.370 Jugendliche. Im Bereich der **Jugendkriminalität** wurden im vergangenen Jahr 15.885 Straftaten erfasst. Dies waren zwar rund 860 mehr als noch 2021; im Vor-Corona-Jahr 2019 waren aber 16.816 Fälle registriert worden. Bei der **Jugendgewaltkriminalität** wurden hingegen 1.295 Straftaten registriert und damit 248 mehr als noch 2021 und auch mehr als 2019. Der Anstieg zeigt sich bei Raub- und Körperverletzungsdelikten vergleichsweise deutlich.

„Grundsätzlich verzeichnen wir bei der Jugendkriminalität ein seit Jahren gleichbleibendes Niveau des

Straftatenaufkommens“, sagte Innenministerin Dr. Tamara Zieschang. „Den Anstieg im Bereich der Jugendgewaltkriminalität sehe ich mit Sorge. Jugendliche Devianz ist zwar kein neues Phänomen, dennoch ist die Entwicklung der Fallzahlen nicht zu verharmlosen. Um Jugendlichen Hilfestellungen und Perspektiven aufzuzeigen und so ein sozial adäquates Verhalten zu erzielen, ist ein ganzheitlicher gesellschaftlicher Ansatz erforderlich. Auch die Landespolizei beteiligt sich seit Jahren an dieser wichtigen Aufgabe. So gibt es zahlreiche Präventionsangebote für Jugendliche, Täter wie Opfer sowie Eltern und Lehrkräfte.“

Ein Beispiel dafür ist die Jugendberatung bei der Polizei (JUBP). Die gemeinsame Präventionsstelle des Ministeriums für Inneres und Sport und des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung ist in den Polizeidienststellen implementiert. Sie wurde 2009 ins Leben gerufen und hat die Aufgabe, abweichendes und auffälliges Verhalten von Jugendlichen aufzuzeigen, die Ursachen zu finden, Hilfe anzubieten und zu vermitteln. Ziel ist es, weitere Straftaten zu vermeiden.

Laut Polizeilicher Kriminalstatistik zeigt sich auch für 2022 wieder ein Anstieg der **Internetstraftaten**. Insgesamt wurden 21.838 Fälle registriert. Das waren 2.500 Straftaten mehr als noch 2021 – und fast doppelt so viele wie noch im Jahr 2018 (11.549). Damit setzt sich auch nach dem Ende der pandemiebedingten Einschränkungen die Entwicklung fort,

dass sich Straftaten ins Netz verlagern. Den größten Anteil der mittels Internet begangenen Straftaten hatten im vergangenen Jahr Vermögens- und Fälschungsdelikte, insbesondere Betrug.

Von allen insgesamt 33.800 registrierten **Vermögens- und Fälschungsdelikten** wurden mehr als 40 Prozent, beziehungsweise rund 14.600, mit dem Tatmittel Internet begangen. Das waren 1.968 mehr als noch 2021. Über ein Drittel der Vermögens- und Fälschungsdelikte waren Waren- und Warenkreditbetrug (11.692 Fälle), wovon 65 Prozent (7.603) mit dem Tatmittel Internet begangen wurden. Hier schlägt sich das – durch die Corona-Pandemie verstärkte – veränderte Einkaufsverhalten nieder: Viele Menschen kaufen häufiger online ein – und sind damit auch der Gefahr ausgesetzt, auf Fake-Shops und Fake-Produkte hereinzufallen oder Opfer von Datenmissbrauch und Identitätsdiebstahl zu werden.

Innenministerin Dr. Tamara Zieschang: „Der Tatort Internet ist für Kriminelle attraktiv – zumal das Netz und damit verbundene Möglichkeiten eine wachsende Rolle in unserem Alltag spielen. Ich appelliere an alle Bürgerinnen und Bürger, ihre privaten Daten im Internet und damit sich selbst vor Kriminellen zu schützen. Gerade mit Blick auf die vielen Betrugsmaschinen gilt es, wachsam, vorsichtig und mit einer gesunden Skepsis im Netz unterwegs zu sein. Zudem sollte sich niemand scheuen, sich im Zweifel Rat und Hilfe bei der nächsten Polizeidienststelle zu suchen. Auch die verschiedenen Kampagnen unserer Landespolizei sensibilisieren über verschiedene Phänomene und Betrugsmaschinen.“

Die Landespolizei klärt Bürgerinnen und Bürger in Sachen Internetkriminalität auf (wie zum Beispiel zu den Themen „Phishing“, „Cybergrooming“ oder „Betrug beim Online-Shopping“), informiert über technische Schutzmöglichkeiten und gibt Tipps für ein sicherheitsbewusstes Verhalten im digitalen Alltag.

Doch Täterinnen und Täter setzen auch auf kriminelle Maschinen wie die des sogenannten **Enkeltricks oder Schockanrufs**. Dabei geben sie ihren Opfern gegenüber vor, eine nahestehende Person sei in eine Notsituation verwickelt und brauche Geld; oder geben sich per Textnachricht als Verwandte aus, die ihr Handy verloren oder ihre Nummer gewechselt haben. Hier stiegen die Fallzahlen um 59,7 Prozent auf 1.259 Fälle im Jahr 2022 (2021: 788). Der finanzielle Schaden lag bei rund 1,4 Millionen Euro. Fast die Hälfte der Opfer war älter als 71 Jahre.

Auch falsche Gewinnbenachrichtigungen, bei denen Gewinnsummen versprochen werden, wenn die Angerufenen vorher zur Auslösung selbst einen Geldbetrag zahlen, oder die sogenannte Abofalle, bei denen die Opfer bei einer Gewinnspielteilnahme oder einem Dateidownload einen Abo-Vertrag untergeschoben bekommen, gehören zu den Betrugsmaschen.

Erneut ist die Zahl der **Angriffe auf Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst** gestiegen. Allein im Bereich **Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte** (nur gegen Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte) wurden 1.010 Fälle registriert und damit 123 beziehungsweise 14 Prozent mehr als noch 2021. Dabei wurden im Jahr 2022 insgesamt 1.910 Polizistinnen und Polizisten tötlich angegriffen oder hatten es mit Widerstandshandlungen zu tun. Das waren 300 mehr als im Vorjahr. Dabei wurden 342 Polizistinnen und Polizisten leicht verletzt, fünf sogar schwer. Zudem wurden 168 Kräfte der Feuerwehr oder des Rettungsdienstes Opfer von Angriffen. Das waren 45 mehr als im Vorjahr. Dabei wurden 49 Einsatzkräfte leicht und einer schwer verletzt.

„Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst sorgen für unsere Sicherheit und unser Wohl. Umso erschreckender ist es, dass sie zunehmend angegriffen, bedroht und nicht selten auch verletzt werden. Für diese Taten fehlt mir jegliches Verständnis und ich verurteile sie aufs Schärfste“, so Innenministerin Dr. Tamara Zieschang.

#### Informationen zu ausgewählten Straftatengruppen:

Die **Straftaten gegen das Leben** haben mit 0,1 Prozent den geringsten Anteil an den in Sachsen-Anhalt registrierten Straftaten. Insgesamt wurden 118 Fälle erfasst, 14 mehr als im Vorjahr. Bei 57 Straftaten, beziehungsweise fast der Hälfte, blieb es beim Versuch: Bei den 18 erfassten Morddelikten wurden acht vollendet, bei den Totschlagsdelikten endeten neun von 54 erfassten Taten tödlich.

Bei den **Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung** ist ein Rückgang zu verzeichnen. Es wurden 2.860 Fälle erfasst, 161 weniger als im Vorjahr. Der Hauptteil dieses Deliktfeldes entfällt auf die Verbreitung pornografischer Schriften, vor allem über das Internet: Hier wurden 906 Fälle erfasst.

Die polizeiliche Prävention ist ein elementarer Bestandteil der ganzheitlichen Bekämpfung der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. Insbesondere sollen Kinder und Jugendliche sowie deren Familien für einen verantwortungsvollen Umgang mit Bilddateien sensibilisiert und auf die Gefahren bei der Verbreitung von freizügigen Fotos sowie Darstellungen von sexuellem Missbrauch von Kindern und Jugendlichen aufmerksam gemacht werden. Hierbei geht es auch um Aufklärung zu Phänomenen, wie „Cybergrooming“, „Sexting“ oder „Upskirting“. Zuletzt informierte die Landespolizei Anfang Februar 2023 hierzu ausführlich in einer digitalen Präventionswoche auf ihren Social-Media-Kanälen.

In Sachsen-Anhalt sind im vorigen Jahr 29.969 **Straftaten gegen die persönliche Freiheit beziehungsweise Rohheitsdelikte** registriert worden – das entspricht einem Plus von 4.535 Fällen im Vergleich zu 2021. So wurden 18.486 Körperverletzungen erfasst, 2.469 Fälle mehr als 2021. Einen Anstieg gab es auch bei den Bedrohungen um 1.913 auf insgesamt 7.152 Fälle. 15,3 Prozent dieser Bedrohungen wurden mit dem Tatmittel Internet begangen (1.093 Fälle).

Bei den **Diebstahlsdelikten**, die mit einem Anteil von 29,6 Prozent immer noch den größten Anteil am Gesamtstrafatenaufkommen haben, setzte sich im vorigen Jahr der seit Jahren verzeichnete Rückgang weiter fort: Im Jahr 2016 wurden noch knapp 79.600 Fälle verzeichnet, im Jahr 2022 waren es noch 52.736 – und damit so wenige wie noch nie

seit Beginn der Polizeilichen Kriminalstatistik. Die Zahl der **Ladendiebstähle** stieg zwar binnen eines Jahres um 1.713 Fälle auf 8.542; das Niveau des Jahres 2019 (9.665 Fälle) wurde jedoch nicht erreicht. Bei den **Wohnungseinbruchsdiebstählen** ist das Niveau mit 14 Fällen mehr als im Vorjahr (2021: 1.702 Fälle) nahezu unverändert geblieben. Mit 1.716 registrierten Straftaten ist 2022 im Vergleich zum Vor-Corona-Jahr 2019 eine deutliche Abnahme der erfassten Fälle (knapp 660 Fälle weniger) zu verzeichnen.

„Der langjährige rückläufige Trend bei Wohnungseinbrüchen ist und bleibt erfreulich. Zudem blieb fast jeder zweite Einbruch im Versuchsstadium stecken. Das zeigt, Prävention wirkt. Die Landespolizei wird auch weiterhin mit Kampagnen und Beratungen informieren, wie jede und jeder Einzelne seine Wohnung und sein Haus vor Einbrechern schützen kann“, sagt Innenministerin Dr. Tamara Zieschang.

Die Landespolizei Sachsen-Anhalt betrachtet den Einbruchschutz als einen Schwerpunkt ihrer Präventionsarbeit. Sie setzt dabei unter anderem auf die Kampagne „K-Einbruch“ sowie auf die Bannerkampagne „Sicher wohnen mit Einbruchschutz“, die gemeinsam mit dem Landespräventionsrat und der Qualitätsgemeinschaft „Das sichere Haus“ umgesetzt wird.

Bei der **Rauschgiftkriminalität** verzeichnet die Polizeiliche Kriminalstatistik einen leichten Rückgang der Fallzahlen: Insgesamt wurden 9.253 Fälle erfasst. Das waren gut 1.000 Fälle, beziehungsweise 10 Prozent, weniger als 2021.

Insgesamt konnten die Ermittlerinnen und Ermittler in Sachsen-Anhalt im vergangenen Jahr mehr als 29 Kilogramm Crystal Meth, knapp 302 Kilogramm Cannabis und fast 7.600 Cannabispflanzen sicherstellen. Im vergangenen Jahr wurden 19 Rauschgifttote registriert. Damit starben zwei Menschen mehr an den Folgen ihres Rauschgiftkonsums als 2021.

## Angehängte Dateien

[095-Anlage-PM-Kabi-Polizeiliche-Kriminalstatistik.pdf](#)

Impressum:  
Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt Pressestelle  
Hegelstraße 42  
39104 Magdeburg

Tel: (0391) 567-6666  
Fax: (0391) 567-6667  
Mail: [staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de](mailto:staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de)